SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Biographie und politisches Verhalten: wirtschaftliche Interessen, Sozialisationserfahrungen und regionale Bindungen als Determinanten parlamentarischen Entscheidungshandeln in Deutschland, Frankreich und Großbritannien um die Mitte des 19. Jahrhunderts

Best, Heinrich

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Best, H. (1985). Biographie und politisches Verhalten: wirtschaftliche Interessen, Sozialisationserfahrungen und regionale Bindungen als Determinanten parlamentarischen Entscheidungshandeln in Deutschland, Frankreich und Großbritannien um die Mitte des 19. Jahrhunderts. In W. H. Schröder (Hrsg.), *Lebenslauf und Gesellschaft : zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung* (S. 181-209). Stuttgart: Klett-Cotta. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-338186

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Heinrich Best

Biographie und politisches Verhalten: Wirtschaftliche Interessen, Sozialisationserfahrungen und regionale Bindungen als Determinanten parlamentarischen Entscheidungshandelns in Deutschland, Frankreich und Großbritannien um die Mitte des 19. Jahrhunderts

1. Problemstellung

Für eine fernere Vergangenheit bleibt die Anwendung von Verfahren der kollektiven Biographie zumeist auf eine Sozialdemographie der Eliten beschränkt. Die Quellen berichten bevorzugt über die oberen und obersten Segmente historischer Gesellschaften, und die Merkmale, über die wir am vollständigsten unterrichtet werden, sind im allgemeinen Standarddaten „sozialer Buchführung" wie Geburtsjahr und Konfession, regionale Herkunft und Beruf, Ausbildung und geführte Titel. Im Fall politischer Führungsgruppen treten Informationen über die Ausübung politischer Ämter und die Zugehörigkeit zu Organisationen hinzu. Bei günstiger Quellenlage können wir die Veränderung dieser Daten über Zeit verfolgen. Dann werden Aussagen über politische Karrieren, räumliche und soziale Mobilität möglich. Aber selbst bei hoher Datendichte beschreiben Kollektivbiographien zumeist nur sozialstrukturelle Eigenschaften von Aggregaten, während Aspekte wie Persönlichkeit und Persönlichkeitsentwicklung, Mentalitäten und ihre Formierung, die zum Repertoire klassischer individualbiographischer Geschichtsschreibung aber auch aktuellerer Ansätze wie der Psychohistorie gehören, im allgemeinen ausgeblendet bleiben[1].

Die Analyse des sozialen Hintergrundes von Eliten hat eine selbstverständliche Berechtigung, wenn es um die Untersuchung von Rekrutierungsprozessen geht: Sozialdemographische Merkmale bilden Elemente der Gelegenheitsstruktur, die die Zu-

1. Schröder, Wilhelm H., „Probleme und Methoden der quantitativen Analyse von kollektiven Biographien. Das Beispiel der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten (1898–1912)", in: Best, Heinrich, u. Mann, Reinhard (Hrsg.), Quantitative Methoden in der historisch-sozialwissenschaftlichen Forschung, Stuttgart 1977, S. 108–125; Edinger, Lewis J., u. Searing, Donald D., „Social Background in Elite Analysis: A Methodological Inquiry", in: APSR, Vol. 61 (1967), S. 428–445.

gangs- und Karrierechancen von Aspiranten bestimmt[2]. Problematischer und umstrittener ist der Einfluß, den der soziale Hintergrund von Elitemitgliedern auf ihre Einstellungen und ihr Verhalten hat. Gegenwartsbezogene Untersuchungen zeigen, daß wir hier mit intuitiven Unterstellungen vorsichtig sein müssen: Art und Ausmaß dieses Einflusses variieren erheblich in verschiedenen kulturellen Kontexten, und vermeintlich wirkungsmächtige Variablen sind weit weniger bedeutsam als erwartet wurde[3]. In historischen Untersuchungen ist dagegen immer noch die „intuitive Psychologisierung" von sozialdemographischen Variablen die Regel. So gibt es allein für die Frankfurter Nationalversammlung fünf verschiedene Berufsklassifikationen, ohne daß uns genau mitgeteilt würde, auf welche Weise sie helfen, das Verhalten der Akteure auf der parlamentarischen Bühne zu verstehen[4]. Mit unserem Beitrag beabsichtigen wir, diese Unklarheit zu verringern und zur Lösung des Relevanzproblems in der historisch-kollektivbiographischen Forschung beizutragen: In einer historisch vergleichenden und multivariaten Analyse haben wir die Wirkung einer Reihe besonders häufig verwendeter biographischer Merkmale auf das politische Verhalten von Abgeordneten gemessen. Wir wollen auf diese Weise präziser und differenzierter als bisher bestimmen, von welchen sozialdemographischen Merkmalen in verschiedenen Kontexten der größte politische Einfluß ausgeht und wie der Gesamteffekt der in der Forschung standardmäßig verwendeten sozialen Hintergrundvariablen zu bewerten ist.

Diese methodologische Problemstellung hat eine theoretische Implikation, denn die Stärke der statistischen Beziehung zwischen biographischen Merkmalen der Abgeordneten und Variablen, die ihr politisches Verhalten messen, können wir als einen Indikator für das Ausmaß verwenden, in dem sozialkulturelle Cleavages auf die Ebene parlamentarischen Entscheidungshandelns einwirkten. Wir gehen dabei von der Überlegung aus, daß Eigenschaften wie Beruf, Konfession, ethnische und regionale Herkunft im Prozeß parlamentarischen Entscheidungshandelns dann eine politische Deutung und Bedeutung erhalten, wenn sie zu den gruppendefinierenden Merkmalen bei der Bildung sozialkultureller Cleavages werden. Damit wird der Bezug zu einem grundlegenden Konzept der (historisch-) politischen Soziologie hergestellt. Unter einem Cleavage versteht Pappi einen „dauerhaften politischen Konflikt, der in der Sozialstruktur verankert ist und im Parteisystem seinen Ausdruck gefunden hat".[5] Arthur Stinchcombe hat vorgeschlagen, Cleavages als Koalitionen zwischen Parteieliten und gesellschaftlichen Großgruppen aufzufassen. Diese Koalitio-

2. Czudnowski, Moshe M., „Political Recruiment", in: Greenstein, Fred J., u. Polsby, Nelson W., (eds.), Handbook of Political Science, Vol. 2 (Micropolitcal Theory), Reading/Mass. u.a. (1975), S. 178ff.; Putnam, Robert D., The Comparative Study of Political Elites, Englewood Cliffs/N.J. (1976), S. 110ff.
3. Czudnowski, M., Recruitment, S. 185f.; Searing, Donald D., „The Comparative Study of Elite Socialization", in: Comparative Political Studies, 1 (1969), S. 471–500; Schleth, Uwe, "Once again: Does it pay to study social background in elite analysis?", in: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, 2 (1971), S. 99–118.
4. Vgl. die Synopse in Botzenhart, Manfred, Deutscher Parlamentarismus 1848–1850, Düsseldorf (1977), S. 161.
5. Pappi, Franz Urban, „Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierung und Wahlabsicht", in: PVS, 18 (1977), S. 195; ders. u. Laumann, Eduard O., „Gesellschaftliche Wertorientie-

nen werden geschlossen, wenn eine Gruppe zum ersten Mal politisch mobilisiert wird, und sie bleiben gewöhnlich über lange Zeit hinweg bestehen. Nun kann man für den von uns untersuchten historischen Zeitraum sicherlich noch nicht von klar definierten „Parteieliten" sprechen: Dies war die Ära des „Honoratiorenparlamentarismus", die organisatorischen Bindungen politischer Eliten an gesellschaftliche Großgruppen waren noch locker, interessenpolitische Lager und ideologische Gesinnungsgemeinschaften noch kaum formiert. Doch vermuten wir, daß die Jahre um die Mitte des 19. Jahrhunderts für den Prozeß der Parteienentwicklung formative Bedeutung hatten und sich damals jene sozio-politischen Weichenstellungen vollzogen, die für lange Zeit das Bild der Parteienlandschaften in den untersuchten Ländern bestimmten. Sie markieren — in allerdings national spezifischen Kombinationen und Entwicklungsmustern — den Ausgangspunkt eines beschleunigten Umbaus sozialer, ökonomischer und politischer Strukturen, der hier nur mit den bekannten Stichworten: Ausweitung der Partizipationsrechte, Ausbau des Systems sozialer Sicherung, Übergang in die Phase der Hochindustrialisierung und Vollendung des Prozesses nationaler Integration angedeutet werden soll. Zudem bilden die Jahre 1848/49 in ganz Mittel- und Westeuropa den Höhepunkt einer politisch-sozialen Krisenperiode, von der selbst das relativ stabile Großbritannien betroffen war. In Frankreich und Deutschland kommt hinzu, daß nach dem Wegfall zuvor bestehender politischer Restriktionen und der plötzlichen Ausweitung der Partizipationsrechte soziale, ökonomische und kulturelle Spannungslinien aufbrachen, die vor 1848 und nach 1849 hinter der Fassade autoritärer Regime weitgehend verdeckt blieben. Die Durchsetzung von Vereins-, Presse-, Versammlungs- und Petitionsfreiheit sowie die Etablierung von nach dem allgemeinen Männerstimmrecht gewählten Parlamenten stimulierten die Entstehung eines Verbands- und Vereinswesens der sozioökonomischen Interessengruppen, der konfesionellen Lager und der ideologisch-politischen Formationen, das erst nach 1871 wieder eine Entsprechung erhalten sollte. Das bedeutet, daß 1848/49 gesellschaftliche und kulturelle Disparitäten zum ersten Mal als Cleavages definiert, organisiert und offen auf nationaler Entscheidungsebene ausgetragen werden konnten.

Konkret sind wir daran interessiert zu erfahren, ob sich in den nationalen Parlamenten Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands um die Mitte des 19. Jahrhunderts schon jene Verbindung von Soziallagen und weltanschaulichen Elementen andeutete oder sich gar vollzogen hatte, die für die Formierung von Cleavages konstitutiv ist. Wir unterscheiden dabei eine segregierte von einer amorphen Ausformung der Binnenstruktur von Parlamenten: Im einen Fall sind die politischen Lager sozial scharf voneinander unterschieden, im anderen Fall sind sie sozial heterogen.

Ausgehend von fundamentalen Konzepten der politischen Soziologie schlagen wir vor, den Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Konfliktstruktur und parlamen-

---

rung und politisches Verhalten", in: Zeitschrift für Soziologie (1974), S. 157–188; Stinchcombe, Arthur L., „Social Structure and Politics", in: Greenstein, Fred I., u. Polsby, Nelson B., (eds.), Handbook of Political Science, Vol. 3 (Macropolitical Theory), Reading/Mass. u.a. (1975), S. 557-622; Scheuch, Erwin K., „Social Context and Individual Behavior", in: Dogan, Mattei, u. Rokkan, Stein, (eds.), Quantitative Ecological Analysis in the Social Sciences, Cambridge/Mass. (1969), S. 141ff.

tarischem Entscheidungshandeln über drei Weisen der Genese und Vermittlung politischer Orientierungen herzustellen[6]. Dabei unterscheiden wir folgende Varianten:

1. einen interessentheoretischen Ansatz, der politisches Handeln durch das Streben nach direkten und persönlichen Vorteilen in Verteilungskämpfen um Macht, Reichtum und Prestige gesteuert sieht (hier überprüft anhand einer Merkmalskonstellation mit den unabhängigen Variablen: Beruf, Schichtzugehörigkeit, vertikale Mobilität, Vermögen und Ausbildungsstatus);

2. einen sozialisationstheoretischen Ansatz, der darauf abhebt, daß politische Orientierungen im Verlauf der politischen Sozialisation und Selektion durch wertevermittelnde Instanzen und Erfahrungen im Karriereverlauf erworben werden (hier überprüft anhand der Merkmalskonstellation: Dauer der Parlamentszugehörigkeit, politische Verfolgung, politische Ämter, Zugehörigkeit zum Staatsdienst, politische Funktionen des Vaters, Beruf des Vaters, besuchte Universitäten, Studienfächer, Schultyp); und

3. einen repräsentationstheoretischen Ansatz, der eine Rückbindung parlamentarischen Entscheidungshandelns an die Orientierungen der Wähler annimmt (hier überprüft anhand der Merkmalskonstellation: geographische Lage, Wirtschafts- und Sozialstruktur des Wahlkreises, Beziehung des Abgeordneten zum Wahlkreis).

Um den generellen Zusammenhang zwischen sozialdemographischen Merkmalen und poltischem Verhalten zu erfassen, haben wir zunächst ein „Grundmodell" konstruiert, das einige Standardmerkmale historisch-kollektivbiographischer Forschung miteinander verbindet, die zugleich Kernvariablen der drei Modellvarianten sind: Alter und Beruf, Zugehörigkeit zum Adel und regionale Herkunft. Die Modellvarianten werden in einem weiteren Untersuchungsschritt eingeführt. Ausgeblendet bleiben in unserem Untersuchungsansatz Einflüsse des unmittelbaren parlamentarischen Kräftefeldes auf das Entscheidungshandeln der Abgeordneten wie z. B. die Wirkungen von Ämterpatronage und Postrekrutierungs-Sozialisation, von „cue-taking" und Fraktionsdisziplin.

2. Daten und Methoden

Unsere Untersuchung kombiniert Eigenerhebungen von biographischen Merkmalen und des Abstimmungsverhaltens der Abgeordneten in der Pariser und der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 mit der Sekundäranalyse eines Datensatzes über das britische Unterhaus von 1841 bis 1847[7]. Zusätzlich haben wir Ergebnisse von Untersuchungen herangezogen, die eine der unseren verwandte Problemstellung verfolgten: eine Studie über die mexikanische verfassungsgebende Nationalversamm-

6. Best, Heinrich, „Elitentransformation und Elitenkonflikt in Frankreich 1848/49", in: Historical Social Research 25 (1983), S. 44–75; R. Putnam, Study, S. 92ff.

7. Die Datenbasen werden beschrieben in Aydelotte, William O., British House of Commons 1841–1847 (Codebook Number 19), Lab. for Political Research, University of Iowa (1970); Best, Heinrich, Die Abgeordneten der Assembleé Nationale Constituante 1848/49. (Datenhandbücher für die historische Sozialforschung, Bd. 2), Köln (1983). Ein Datenhandbuch über die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung wird gegenwärtig vorbereitet.

lung von 1917[8] und eine Analyse legislativen Verhaltens in den Deutschen Reichstagen von 1898 und 1903[9]. Auf der Grundlage einer so begrenzten empirischen Basis kann keine Aufdeckung anthropologischer Konstanten erwartet werden. Angestrebt sind hier lediglich Aussagen über Zusammenhänge zwischen biographischen Kerndaten und politischem Verhalten für Situationen relativ ephemerer Koalitions- und Fraktionsbindungen, aber unter kontrastierenden Bedingungen, was die Formen, Traditionen und Funktionen parlamentarischer Repräsentation angeht: in Großbritannien ein Parlament, das nach einem rigiden Zensuswahlrecht rekrutiert wurde und in einer ungebrochenen politischen Tradition stand, in Deutschland und Frankreich aus der Revolution hervorgegangene Vertretungen, die nach einem mehr oder weniger allgemeinen Männerstimmrecht gewählt worden waren und einen neuen Verfassungsrahmen setzen sollten, allerdings in Frankreich unter der Voraussetzung seit langem bestehender nationaler Identität und kontinuierlicher Tätigkeit parlamentarischer Vertretungen auf nationaler Ebene, in Deutschland in beider Hinsicht als ein Neubeginn. Diese Konstellation von Ähnlichkeiten und Abweichungen der Bedingungen für und der Herausforderungen an das Handeln von parlamentarischen Führungsgruppen eröffnet gute Perspektiven für eine historisch-komparative Analyse. Es wird zu prüfen sein, wie die durch den biographischen Hintergrund gesetzten politischen Handlungsspielräume von Abgeordneten unter diesen unterschiedlichen Rahmenbedingungen variierten.

Abgeordnete sind für unser Forschungsproblem ein besonders gut geeigneter Untersuchungsgegenstand. So sind in ihrem Fall biographische Angaben relativ leicht zugänglich und für einen Kern sozialdemographischer Merkmale auch mit annähernder Vollständigkeit verfügbar. Zum anderen sind sie als Gruppe nicht so exklusiv, daß durch geringe Fallzahlen die analytischen Möglichkeiten zu sehr begrenzt werden oder die Reichweite der Aussagen auf singuläre Führungspersonen beschränkt bliebe. Unser Interesse an parlamentarischen Führungsgruppen ist aber vor allem durch ihre Position in der Machtstruktur motiviert:

1. sind sie eine Schnittstelle verschiedener Segmente des Elitensystems, ein mixtum compositum aus Vertretern konkurrierender Anspruchsgruppen und
2. ist der Bereich von Entscheidungen, in die sie involviert sind, außergewöhnliche weit gefaßt und heterogen[10].

Hinzu kommt, daß wir im Fall parlamentarischer Führungsgruppen mit den namentlichen Abstimmungen über eine Datenquelle zur Erforschung von politischen Orientierungen und Verhalten in der Vergangenheit verfügen, die im Hinblick auf ihre empirische Dichte, Zuverlässigkeit und Gültigkeit dem Interview zumindest ebenbürtig ist. Die Voraussetzung für eine Anwendung von Abstimmungsanalysen sind ungefestigte bzw. im Zeitverlauf stark variierende Binnenstrukturen der Parlamente. Wird das Verhalten der Abgeordneten in parlamentarischen Entscheidungen nicht durch Fraktionszugehörigkeiten und konstante Koalitionsbindungen festgelegt,

8. Smith, Peter H., „The Making of the Mexican Constitution", in: Aydelotte, William O., (ed.), The History of Parliamentary Behavior, Princeton/N.J. (1977), S. 186-224.
9. Smith, Woodruff, u. Turner, Sharon A., „Legislative Behavior in the German Reichstag 1898-1906", in: Central European History, 14 (1981), S. 3-29.
10. Best, Heinrich, „Recruitment, Careers, and Legislative Behavior of German Parliamentarians, 1848-1952", in: Historical Social Research, 23 (1982), S. 29.

bewährt sich die Analyse legislativen Verhaltens als eine Methode — oder genauer: als ein Methodenkanon —, der es u.a. ermöglicht, die grundlegenden politischen Spannungslinien in Parlamenten aufzudecken, Einflüsse externer Akteure auf legislative Entscheidungen zu identifizieren, den Verlauf politischer Kontroversen über Zeit zu verfolgen und Prozesse der Koalitions- und Fraktionsbildung zu rekonstruieren[11].

Die vielen verschiedenen Fragestellungen bei Analysen namentlichen Abstimmungsverhaltens lassen sich zwei hauptsächlichen Untersuchungsrichtungen zuordnen:

1. einer Vorgehensweise, die darauf zielt, die wichtigsten Politikdimensionen im legislativen Prozeß zu identifizieren und
2. ein Forschungsinteresse, das darauf gerichtet ist, die Positionen der Abgeordneten auf diesen Politikdimensionen zu bestimmen.

Für den einen Untersuchungsansatz ist die Abstimmung die Aussageeinheit, für den anderen der Abgeordnete. In unserer Untersuchung folgen wir der zweiten Betrachtungsweise: Abstimmungsdaten liefern uns die Indikatoren über politisches Verhalten der Abgeordneten, die wir als abhängige Variablen in unsere Modelle einführen werden.

Ein methodisches Hauptproblem der Analyse legislativen Verhaltens ist die Verdichtung gelegentlich mehrere hundert Voten umfassender Abstimmungsserien zu summarischen Indizes, die die Dimensionen parlamentarischen Entscheidungshandelns abzubilden vermögen. Während in der Vergangenheit überwiegend Skalierungsverfahren eingesetzt wurden, die wie z.B. Guttman-Scaling Eindimensionalität der Items voraussetzen, werden heute Methoden bevorzugt, die die Mehrdimensionalität legislativen Verhaltens bei der Variablenreduktion erhalten. Dies gilt insbesondere für die Faktorenanalyse, die der multidimensionalen Skalierung insofern überlegen ist, als sie über eine dimensionale Analyse des Abstimmungsverhaltens hinaus mit den Faktorwerten fallbezogene Indizes bereitstellt, die die Positionen der Abgeordneten auf den verschiedenen Politikdimensionen darstellen[12]. Mit den Faktorwerten verfügen wir — wie Validitätskontrollen ergeben haben — über außerordentlich leistungsfähige Maßzahlen zur Bestimmung der politischen Positionen von Abgeordneten[13]. Da Faktorwerte metrisches Meßniveau haben, können sie als abhängige Variablen in Varianzanalysen problemlos mit den meist qualitativen biographischen Merkmalen der Abgeordneten kombiniert werden. Forschungsstrategisch ist dieses Vorgehen die Operationalisierung eines theoretischen Hauptaspektes unserer Untersuchung: die Analyse von Art und Ausmaß der Verlängerung sozialkultureller Cleavages in die Parlamente und der Variation dieser Konstellation über verschiedene politische Kontexte hinweg.

---

11. Clausen, Aage R., „Some Basic Approaches to the Measurement of Roll Call Voting", in: Freeman, Donald M., (ed.), Foundation of Political Science. Research, Methods and Scope, New York u. London (1977), S. 313-345; Mac Rae, Duncan, Issues and Parties in Legislative Voting. Methods of Statistical Analysis, New York u.a. (1970), S. 1-10.
12. Ders., S. 131-174.
13. Best, Heinrich, u. Kuznia, Reiner, „Die Behandlung fehlender Werte bei der seriellen Analyse namentlicher Abstimmungen; oder: Wege zur Therapie des Horror Vacui", in: Historical Social Research, 26 (1983), S. 49-82.

3. Ergebnisse

3.1 Dimensionen legislativen Verhaltens

In einer Faktorenanalyse des namentlichen Abstimmungsverhaltens (oblique Lösung) ermittelten wir für alle drei von uns untersuchten Parlamente einen dominanten Hauptfaktor. Sein Varianzbeitrag betrug in Deutschland 47%, in Frankreich 21% und in Großbritannien 37%. Die Varianzbeiträge des jeweils nächstbedeutenden Faktors liegen deutlich unter diesen Werten: in Deutschland bei 10% (Dimension: großdeutsch vs. kleindeutsch), in Frankreich bei 2% und in Großbritannien bei 5%. Eine Überprüfung der Faktorenladungen und der Korrelationen der Faktorwerte des Hauptfaktors mit Daten über die politische Richtung der Abgeordneten (insbesondere ihrer Fraktionszugehörigkeit) zeigt eindeutig, daß der Hauptfaktor die Rechts-Links-Dimension politischer Orientierungen abbildet[14]. Dies ist ein bedeutsames inhaltliches Ergebnis, zeigt es doch, daß sich bei allen Unterschieden der Dauer parlamentarischer Traditionen, der Reichweite politischer Partizipation und des Ausmaßes nationaler Integration in den drei von uns untersuchten Repräsentativkörperschaften eine dominante Konfliktfront herausgebildet hatte, die sich zwischen zwei Polen aufspannte, welche wir mit wechselnder Terminologie aber gleichem Bedeutungsgehalt als konservativ-progressiv, radikal-gemäßigt, links-rechts etikettieren können. Zwar sind in Frankreich, England und Deutschland jeweils unterschiedliche Issues den beiden polarisierten Positionen zugeordnet, die politische Substanz dieser Hauptkonfliktfront ist aber über die verschiedenen Systeme hinweg gleich. Von der verlockenden Aufgabe, diesen Befund näher zu interpretieren, müssen wir hier Ab-

Abbildung 1: Verteilung der Abgeordneten der Assemblée Nationale Constituante auf der Rechts-Links-Skala

Links	Rechts	
	H	
	HH	
HH	HH	
HHH	HH	
HHH	HH	Jedes „H" repräsentiert
HHH	HHH	14 Abgeordnete
HHH	HHHH	
HHHH	HHHHH	
HHHHHHH	HHHHHHH	
HHHHHHHHHHHHHHHHHHHHHHH		
Durchschnitt	.00	
Median	.21	
Modus	−1.03	

14. Best, Fehlende Werte, S. 63; ders., Elitentransformation, S. 51-55.

Abbildung 2: Verteilung der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung auf der Rechts-Links-Skala

Links	Rechts	
H		
H		
H		
H	H	
H	H	Jedes „H" repräsentiert
H	HH	16 Abgeordnete
H	HHH	
HHH	HHH	
HHH H	HHHHHHHHH	
HHHHHHHHHHHHHHHHHHHHHHHHHHHH		
Durchschnitt	.00	
Median	.24	
Modus	1.29	

Abbildung 3: Verteilung der Abgeordneten des British House of Commons 1841–1847 auf der Rechts-Links-Skala

Links	Rechts	
	H	
	H	
	HH	
	HH	
	HH	Jedes „H" repräsentiert
H	HHH	17 Abgeordnete
HH	HHH	
HHHH	HHH	
HHHHH	HHHHH	
HHHHHHHHHHHHHHHHHHHHHHHHHHH		
Durchschnitt	.00	
Median	.60	
Modus	.93	

stand nehmen. In unserem Zusammenhang interessiert er nur insoweit, als uns die Faktorenanalyse des namentlichen Abstimmungsverhaltens äquivalente Indikatoren liefert, die für die drei Parlamente vergleichbar politische Positionen von Abgeordneten messen.

Ordnet man die Faktorwerte den einzelnen Abgeordenten zu, enhält man eine Skala, die über die Verteilung der Parlamentarier auf „linke" und „rechte" Positionen

Auskunft gibt. Die Verteilungsform ist in allen drei Fällen eindeutig bimodal, wobei positive Werte rechte Positionen, negative Werte linke Positionen anzeigen. Die Extremwerte liegen jeweils bei ca. + 2 („extrem rechts") und − 2 („extrem links"), die Modi bei ca. + 1 und − 1, das arithmetische Mittel liegt durchgängig bei 0, da Faktorwerte standardisiert sind.

Die Beobachtung von Abweichungen des Links-Rechts-Index zwischen den Kategorien der unabhängigen, in unserem Fall der biographischen, Variablen ist der Ansatzpunkt der Multiplen Klassifikations-Analyse — einer Methode, die wir zum Test des „Grundmodells" und der Modellvarianten eingesetzt haben[15]. Dieses Verfahren liefert fünf Typen von Informationen, die in unserem Analysezusammenhang von Bedeutung sind:

1. Durchschnittswerte des Rechts-Links-Index für die verschiedenen Kategorien der biographischen Merkmale. Diese Maßzahlen geben uns z. B. darüber Auskunft, wie „links" im Durchschnitt Publizisten im Vergleich zu anderen Berufskategorien waren.

2. ETA-Werte, die anzeigen, wie stark der statistische Zusammenhang zwischen einzelnen biographischen Merkmalen und den politischen Orientierungen der Abgeordneten ist. Diese Koeffzienten geben uns z. B. darüber Auskunft, wie groß der Effekt der Variablen „regionale Herkunft" im Vergleich zur Variablen „Beruf" ist.

3. „Bereinigte" Durchschnittswerte des Rechts-Links-Index, die anzeigen, welche Positionen die verschiedenen Sozialkategorien auf der Rechts-Links-Dimension einnehmen, wenn wir die Effekte der Kontingenz biographischer Merkmale kontrollieren. Unter Kontingenz biographischer Merkmale verstehen wir, daß sozialdemographische Variablen nicht unabhängig voneinander variieren: Zum Beispiel sind Gutsbesitzer überproportional häufig adelig und Verwaltungsbeamte haben gewöhnlich eine juristische Schulung. Das statistische Komplement dieses Sachverhalts ist die Multikollinearität. Wollen wir den Nettoeffekt sozialdemographischer Variablen bestimmen, ist es erforderlich, die Daten um solche Interaktionen zu bereinigen. Wir haben dazu einen Ansatz gewählt, der bei jeder unabhängigen Variablen die Interaktion mit allen anderen unabhängigen Variablen kontrolliert (classic experimental approach)[16].

4. BETA-Werte, die um Interaktionen bereinigte ETA-Werte sind. BETA mißt also den Effekt eines sozialdemographischen Merkmals, nachdem die Effekte aller anderen unabhängigen Variablen kontrolliert sind.

5. R^2 als ein Maß, das angibt, wie groß der Beitrag aller von uns in einem Modell verbundenen biographischen Merkmale ist, wenn wir die Rechts-Links-Orientierung von Abgeordneten erklären wollen. Dieser Koeffizient gibt uns also z. B. darüber Auskunft, ob das sozialisationstheoretische oder das interessentheoretische Modell die größere Erklärungskraft besitzt.

Da unsere Untersuchung darauf zielt, den Effekt von Konfigurationen biographischer Merkmale auf politisches Verhalten zu bestimmen, haben wir bei der Interpretation der Ergebnisse vornehmlich auf die BETA-Werte und R^2 Bezug genommen.

---

15. Andrews, Frank M., et al., Multiple Classification Analysis, Ann Arbor/Mich (1973); Nie, Norman H., et al., SPSS. Statistical Package for the Social Sciences, New York u. a. (2. Aufl. 1975) S. 409f.
16. Ebd., S. 413ff.

Die Variationen der (bereinigten) Durchschnittswerte des Rechts-Links-Index zwischen verschiedenen Sozialkategorien sollen hier lediglich im Hinblick auf Berufsbereiche betrachtet werden. Dabei muß bedacht werden, daß ein vollständiger Vergleich dieser Variablen nur zwischen der Frankfurter und der Pariser Nationalversammlung möglich ist. Im Britischen Unterhaus war wegen seiner Inkompatibilitätsbestimmungen und wegen der rigiden Wahlrechtsbeschränkungen nur ein kleiner Ausschnitt des Berufssystems repräsentiert.

3.2. Der Test des Grundmodells

3.2.1. Der Zusammenhang zwischen Beruf und politischen Orientierungen
In den Tabellen 1a–1c sind für die drei von uns untersuchten Parlamente die Ergebnisse des Tests des Grundmodells mit allen fünf Maßzahlen dargestellt. Vergleichen wir die (bereinigten) Durchschnittswerte des Rechts-Links-Index zwischen Berufsbereichen und politischen Systemen, zeigt sich eine Konstellation von Abweichungen und Übereinstimmungen, die sowohl den Einfluß genereller Determinanten wie auch die Wirkung spezifischer sozialkultureller Bedingungen auf politische Orientierungen erkennen läßt.

In allen drei Parlamenten tendierten Publizisten zur Linken und verteilten sich Gutsbesitzer annähernd gleich auf beide politische Lager, mit einer leichten, in Großbritannien einer etwas ausgeprägteren Tendenz zur Rechten. In Frankreich und Deutschland waren der Klerus und die Angehörigen des Bildungssystems eher auf dem rechten Flügel, Abgeordnete aus klein- und unterbürgerlichem Milieu eher auf dem linken Flügel zu finden. Dagegen verteilten sich die Angehörigen von Justiz und Verwaltung in Deutschland etwa gleich auf beide Lager der Nationalversammlung, während sie in Frankreich — im Fall der Verwaltungsbeamten deutlich — zur Rechten neigten. Umgekehrt war diese Konstellation im Fall der Militärs, die im House of Commons und in der Pariser Nationalversammlung auf beiden Flügeln zu finden waren, in der Frankfurter Nationalversammlung dagegen eindeutig die Rechte favorisierten. Anwälte, die in Deutschland eher zur Linken tendierten, zeigten in Großbritannien und Frankreich keine gruppenspezifische politische Präferenz. In Deutschland und Frankreich war die Kategorie der Unternehmer indifferent, während sie in Großbritannien tendenziell links stand.

Aus diesen zunächst diffus erscheinenden Ergebnissen lassen sich zwei generelle Aussagen destillieren:

1. Es ist in den von uns untersuchten Parlamenten kein klarer Zusammenhang zwischen ökonomischem Interesse und politischen Orientierungen nachweisbar. Weder Gutsbesitzer noch Unternehmer können eindeutig einem politischen Lager zugeordnet werden. Dieser Befund ist überraschend, widerspricht er doch der vielgeübten Praxis, **die** Bourgeoisie oder **die** „landed interests" als kollektive Akteure zu behandeln, deren einheitliches Klasseninteresse auch auf der Ebene politischen Handelns regulativ gewirkt habe[17]. Deutlich wird vielmehr, daß kollektive politische Einstel-

17. Vgl. u. a. Schmidt, Walter, „Zur Rolle der Bourgeoisie in den Revolutionen 1789 und 1848", in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 21 (1973), S. 301-320; Cobban, Alfred, „The Middle Class in France, 1815-1848", in: French Historical Studies, 5 (1967), S. 41-56.

Tabelle 1a: Der Zusammenhang zwischen sozialdemographischen Variablen und politischen Orientierungen: die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung

(Unabhängige Variablen: Wahlregion, Stand, Beruf
Kovariate: Alter
Abhängige Variable: Position der Abgeordneten auf der Rechts-Links-Skala)

	Zahl der Abgeordneten	Durchschnittliche Position Rechts-Links-Skala (unbereinigt)	ETA	Durchschnittliche Position Rechts-Links-Skala (bereinigt)	BETA
Wahlregion					
Bayern	75	.43		.43	
Süddeutsche Klein- und Mittelstaaten	77	–.93		–.85	
Mitteldeutsche Klein- und Mittelstaaten	81	–.68		–.62	
Norddeutsche Klein- und Mittelstaaten	82	.13		.18	
Rheinpreußen	75	.27		.26	
Provinz Sachsen, Schlesien	76	.16		.11	
Ostseeprovinzen	108	.59		.48	
Böhmen-Mähren	41	–.68		–.63	
Restliches Österreich	112	.13	.51	.12	.46
Stand					
Bürgerlich	616	–.09		–.05	
Adelig	111	.48	.21	.30	.13
Beruf					
Justizdienst	137	.14		.03	
Verwaltung	140	.10		.03	
Bildung	124	.11		.18	
Militär	15	.58		.32	
Klerus	34	.29		.31	
Unternehmer	50	–.06		.00	
Gutsbesitzer	57	.30		.04	
Anwälte	105	–.46		–.30	
Publizisten und andere freie Berufe	64	–.50		–.29	
Kleingewerbe	9	–.70	.29	–.58	.19

$R^2 = .31$ Gesamtdurchschnitt der abhängigen Variablen = .01 N = 727

Tabelle 1b: Der Zusammenhang zwischen sozialdemographischen Variablen und politischen Orientierungen: die Abgeordneten der Assemblée Nationale Constituante 1848/49

(Unabhängige Variablen: Wahlregion, Stand, Beruf
Kovariate: Alter
Abhängige Variablen: Position der Abgeordneten auf der Rechts-Links-Skala)

	Zahl der Abgeordneten	Durchschnittliche Position Links-Rechts-Skala (unbereinigt)	ETA	Durchschnittliche Position Links-Rechts-Skala (bereinigt)	BETA
Wahlregion					
Bretagne	120	.57		.45	
Südwesten	60	-.09		-.06	
Languedoc	129	-.44		-.40	
Nordosten	104	-.62		-.59	
Zentralmassiv	207	.14		.15	
Burgund	47	-.57		-.50	
Champagne/Paris	203	.27		.26	
Übersee-Besitzg.	16	.07	.40	.03	.36
Stand					
Bürgerlich	755	-.10		-.08	
Adelig	131	.60	.25	.44	.18
Beruf					
Justiz	67	.08		.13	
Verwaltung	34	.38		.23	
Bildung	34	.02		.13	
Militär	45	.22		.07	
Klerus	14	.85		.66	
Unternehmer	117	.00		.07	
Gutsbesitzer	195	.18		.05	
Anwälte	234	-.10		-.05	
Publizisten und andere freie Berufe	101	-.34		-.28	
Kleingewerbe, Arbeiter	45	-.39	.23	-.26	.16

$R^2 = .22$ Gesamtdurchschnitt der abhängigen Variablen = .01 N = 886

Tabelle 1c: Der Zusammenhang zwischen sozialdemographischen Variablen und politischen Orientierungen: die Abgeordneten des British House of Commons 1841–1847

(Unabhängige Variablen: Wahlregion, Stand, Beruf
Kovariate: Alter
Abhängige Variablen: Position der Abgeordneten auf der Rechts-Links-Skala)

	Zahl der Abgeordneten	Durchschnittliche Position Links-Rechts-Skala (unbereinigt)	ETA	Durchschnittliche Position Links-Rechts-Skala (bereinigt)	BETA
Wahlregion					
Südengland	291	.16		.16	
Nordengland	256	.02		.05	
Schottland	63	–.32		–.28	
Ulster	36	.62		.54	
Südirland	77	–.72	.31	–.78	.31
Stand					
Bürgerlich	402	–.08		–.01	
Adelig	321	.11	.09	.01	.01
Beruf					
Grundbesitzer	332	.15		.14	
Unternehmer	102	–.48		–.48	
freie Berufe	26	–.68		–.73	
Anwälte	111	.01		.07	
Offiziere (auch Ex-)	152	.10	.25	.08	.25

$R^2 = .16$ Gesamtdurchschnitt der abhängigen Variablen = .01 N = 723

lungen und Verhaltensweisen nicht befriedigend über Klassenzugehörigkeit erklärt werden können. Vielmehr zeichnet sich in der Naheinstellung das Bild einer vielfältig gegliederten politischen Landschaft mit klassenüberschreitenden Koalitionen und Konfliktlinien ab.

2. Einige Befunde deuten an, daß die für eine bestimmte Soziallage charakteristischen politischen Erfahrungshorizonte eine bessere Prädikation politischer Positionen erlauben als ökonomische Interessen. Dies gilt insbesondere für die unterschiedlichen Chancen und Wege, vom Staat kontrollierte Machtpositionen oder Appropriationsgelegenheiten zu erwerben. So hatte eine große Anzahl der Richter und Verwaltungsbeamten in der Assemblée Nationale Constituante ihre Posten auf dem Wege der Ämterpatronage erworben. Als Günstlinge der Juli-Monarchie standen sie

einem reformistischen oder gar revolutionären Kurs distanziert gegenüber und sympathisiererten mit der Rechten[18]. Ihre deutschen Kollegen waren dagegen überwiegend Karrierebeamte, die Politik als Fortsetzung ihrer Dienstgeschäfte mit anderen Mitteln betrachteten und auf Traditionen einer von der Verwaltung exekutierten „Revolution von oben" zurückblicken konnten. Ihre politischen Orientierungen waren angesichts variierender Loyalitätsbindungen und Gesinnungen heterogener[19]. Anders die Situation der Militärs: Sie waren in Deutschland während der Jahre 1848/49 überwiegend als Verteidiger des monarchischen Prinzips aufgetreten, während in Frankreich eine Tradition des „Prätorianismus" bestand, die sich auch mit Positionen der Linken verbinden ließ, und in Großbritannien das Offizierskorps als Kollektiv keinem politischen Lager zuzuordnen war[20].

Diese Beispiele sollen zunächst mehr illustrieren als beweisen, daß ein Zusammenhang zwischen Soziallage und politischen Positionen eher unmittelbar über konkrete politische Erfahrungen und Affiliationen von Abgeordneten als indirekt über klassenspezifische ökonomische Interessen hergestellt werden kann. Dieser Sachverhalt kommt auch in den BETA-Werten zum Ausdruck. Das Gewicht des Merkmals „Beruf" ist danach durchgängig geringer, als die verbreiteten Hypothesen einer Steuerung politischer Orientierungen durch ökonomische Interessen suggerieren. Im britischen Unterhaus und in der Frankfurter Nationalversammlung tritt seine Bedeutung hinter die der Variablen „Region", in der Pariser Nationalversammlung auch hinter die der Variablen „Zugehörigkeit zum Adel" zurück, in der mexikanischen Konstituante teilt Beruf mit dem Alter sogar die Position der Merkmale mit der geringsten Erklärungskraft.

Die Reichweite dieses Befundes scheint allerdings begrenzt zu sein. Für die Reichstage der Jahrhundertwende wird ein deutlich stärkerer Zusammenhang berichtet (ETA=.5), wobei dieses Ergebnis allerdings unter dem Vorbehalt steht, daß in der betreffenden Untersuchung die Kontingenz biographischer Merkmale nur unzureichend kontrolliert wurde[21]. Wir vermuten jedoch, daß diesem Befund für das Kaiserreich ein Prozeß zugrunde liegt, den die Zeitgenossen mit dem Schlagwort „Sozialisierung des Parlaments" benannten: d. h. die fortschreitende Kristallisierung politischer Strukturen entlang sozio-ökonomischer Spannungslinien[22]. Doch auch bei einer Einschränkung der Reichweite unserer Befunde können wir festhalten, daß die so häufig ungeprüft unterstellte Erklärungskraft des Merkmals „Beruf" für politisches Verhalten durch unsere Ergebnisse relativiert wird. Die Übernahme linker und

18. Jardin, A., u. Tudesq, A. J., La France des Notables. L'évolution générale 1815–1848, Paris (1973), S. 241ff.; Higonnet, L.-R., u. Higonnet, Trevor B., „Class, Corruption and Politics in the French Chamber of Deputies 1846–1848", in: French Historical Studies, Vol. 5 (1967), S. 204–224.
19. Koselleck, Reinhart, Preußen zwischen Reform und Revolution, Stuttgart (2. Aufl. 1975), S. 217ff.; Gillis, John R., The Prussian Bureaucracie in Crisis 1840–1860, Stanford/Calif. 1971.
20. Best, Elitentransformation, S. 59.
21. Smith u. Turner, Legislative Behavior, S. 14–16.
22. Lederer, Emil, „Klasseninteressen, Interessenverbände und Parlamentarismus" und „Probleme des deutschen Parlamentarismus", in: ders., Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland 1910–1940, Göttingen (1980), S. 33–50 u. 186–198.

rechter Positionen ist nicht oder jedenfalls nicht durchgängig eine Funktion von mit Berufszugehörigkeit verbundenen Interessen und Mentalitäten.

3.2.2. Der Einfluß des Alters auf politische Orientierungen

Den geringsten Einfluß der in das Grundmodell aufgenommenen Variablen hatte das Alter der Abgeordneten. Dies gilt für die drei von uns untersuchten Parlamente wie auch für die mexikanische Konstituante und die Reichstage von 1898 und 1903. Der Beitrag des Alters zur Erklärung der Varianz des Rechts-Links-Index schwankt zwischen 1% und 3%. Auseinandersetzungen um rechte und linke Positionen wurden danach in keinem der Fälle, in denen wir über Daten verfügen, als Kohorten- oder als Generationenkonflikte ausgetragen[23]. Uns hat dieser Befund und auch rechentechnische Notwendigkeit dazu veranlaßt, Alter als Kovariate in das Grundmodell einzuführen, d.h. hier lediglich seinen Beitrag zur gesamten Erklärungskraft des Grundmodells und seinen Einfluß auf die übrigen unabhängigen Variablen zu messen.

3.2.3. Der Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zum Adel und politischen Orientierungen

Einen relativ großen Einfluß hatte dagegen in der Frankfurter und in der Pariser Nationalversammlung die Zugehörigkeit zum Adel. Für die Reichstage der Jahrhundertwende und — selbstredend — für die mexikanische Konstituante werden zu diesem Zusammenhang keine Befunde berichtet. Bemerkenswert ist, daß der Effekt der Zugehörigkeit zum Adel in Frankreich auch nach der Kontrolle der Merkmale „Beruf" und „Region" relativ stabil bleibt. Sein Einfluß auf politisches Verhalten scheint hier also nicht eine Funktion ökonomischer Interessen oder regionaler Kontexteinflüsse, sondern überwiegend die Folge genuin ständischer Orientierungen gewesen zu sein. In der Frankfurter Nationalversammlung verringert sich demgegenüber das Gewicht der Variablen „Zugehörigkeit zum Adel" nach Kontrolle der übrigen unabhängigen Variablen erheblich. Ihr Effekt wird hier vor allem durch regionale Bezüge überlagert: Adelige aus den Klein- und Mittelstaaten standen tendenziell links während ihre ostdeutschen Standesgenossen dem rechten Flügel angehörten[24]. In Großbritannien schließlich hatte die Abkunft aus einer adeligen Familie keine Bedeutung für die Festlegung politischer Orientierungen auf der Rechts-Links-Dimension. Dies ist ein Ergebnis, das mit Befunden anderer Untersuchungen übereinstimmt, die eine relativ geringe ständische Abgrenzung der britischen Aristokratie gegenüber den übrigen Segmenten der Oberschicht ermittelt haben[25]. Festzuhalten bleibt, daß die Bedeutung des Adels von allen im Grundmodell berücksichtigten Variablen am ausgeprägtesten über die verschiedenen politischen Systeme hinweg variiert.

---

23. Mannheim, Karl, „Das Problem der Generationen", in: Martin, Kohli (Hrsg.), Soziologie des Lebenslaufs, Darmstadt (1978), S. 38–53.
24. Die adeligen Abgeordneten aus den Klein- und Mittelstaaten hatten auf dem Rechts-Links-Index einen Wert von -.25, ihre Standesgenossen aus dem östlichen Preußen einen Wert von .75.
25. Perkin, H., The Origins of Modern English Society 1780–1880, London (3. Aufl. 1974), S. 17; Habakuk, M. J., „England", in: ders. (Hrsg.), The European Nobility in the Eighteenth Century, London (2. Aufl. 1967).

3.2.4. Der Zusammenhang zwischen regionaler Herkunft und politischen Orientierungen

Das Merkmal, das in allen von uns untersuchten Parlamenten wie auch in der mexikanischen Konstituante das größte Gewicht hat — zum Reichstag liegen für diesen Zusammenhang bisher noch keine Daten vor[26] — ist die Wahlregion der Abgeordneten. Dem Versuch einer intuitiv einleuchtenden Deutung dieses Ergebnisses steht die Tatsache entgegen, daß Region eine notorisch „schwierige"Variable ist, die territoriale Disparitäten wirtschaftlicher, sozialer und politischer Strukturen erfaßt, ohne daß wir ad hoc entscheiden könnten, ob dieser Katalog empirisch unscharfer Merkmalsdimensionen vollständig ist, oder in welchem Mischungsverhältnis sie wirksam wurden. Wir haben versucht, durch eine Analyse ökologischer Daten, die die Statistique de la France bereitstellt, etwas Licht in dieses Dunkel zu bringen. Eine solche Untersuchung ist bislang weder für die Abgeordneten des britischen Unterhauses noch für die Mitglieder der Frankfurter Nationalversammlung durchführbar, da hier vergleichbare ökologische Daten auf Wahlkreisebene fehlen[27].

Verbunden mit diesem Analyseschritt ist ein Wechsel der Untersuchungseinheit: Es interessieren nicht mehr die Merkmale der einzelnen Abgeordneten, sondern die Eigenschaften der Departements, in denen sie gewählt worden waren. Erfaßt wurden Angaben zur Siedlungsstruktur (Verteilung der Einwohner auf verschiedene Gemeindegrößeklassen, Bevölkerungsdichte 1846, Anteil der nicht fest ortsansässigen Bevölkerung), zur Agrarstruktur (Anteile verschiedener Betriebsgrößenklassen, Hektarpreise für Agrarland erster Güte, Bevölkerungsanteile der in der Landwirtschaft tätigen und mithelfenden Familienangehörigen), zur regionalen Mobilität (Veränderung der Bevölkerungsdichte zwischen 1841 und 1851), zur Gewerbestruktur (Bevölkerungsanteile der in Groß- und Kleinbetrieben Beschäftigten und der Angestellten), zur Struktur des tertiären Sektors (Bevölkerungsanteile verschiedener Kategorien freier Berufe und des Staatsdienstes), die Schüler- und die Studentenquote sowie der Bevölkerungsanteil der unter dem zensitären Regime (1846) Wahlberechtigten.

Um aus den ursprünglich 46 Indikatoren übergreifende Indizes zur Messung von Disparitäten regionaler Wirtschafts- und Sozialstrukturen zu gewinnen, haben wir die Faktorenanalyse eingesetzt (orthogonale Lösung). Es wurden zehn Faktoren extrahiert, die strukturelle Eigenschaften der Departements wie Urbanisierung (erklärte Varianz: 27,3%), Bevölkerungsanteil der Angehörigen des Staatsdienstes (9,4%), Siedlungsstruktur (7,9%) „Wohlstand" (6,8%), Dominanz landwirtschaftlicher Groß- (5,2%) und Kleinbetriebe (4,7%), Schülerquote (4,3%), Anteil der Freiberufler und Kleriker (3,6%), Anteil der Mediziner (3,4%) und der im industriellen Sektor Beschäftigten (3,1%) erfassen. Um die Zusammenhänge zwischen Strukturvariablen einerseits und den regional differenzierten politischen Orientierungen der Abgeordneten andererseits aufzudecken haben wir eine schrittweise Regressionsanalyse durchgeführt. Als unabhängige Variablen wurden die aus den ökologischen Daten gewonnenen Faktorwerte, als abhängige Variable der Prozentanteil rechter Abgeordneter je Departement eingesetzt.

26. Die Ausweitung der Datensammlung in die Zeit des Kaiserreichs ist Gegenstand eines durch die DFG geförderten Forschungsprojektes, an dem wir gegenwärtig arbeiten. Vgl. Best, Recruitment.
27. Aydelotte, William O., „Constituency Influence in the British House of Comons", in: ders. (ed.), The History of Parliamentary Behavior, S. 227f.

Die Erklärungskraft der ökologischen Daten ist mit insgesamt 13,6% erklärter Varianz gering. Mit einem BETA-Wert von −0,2 hat der Faktor „Dominanz landwirtschaftlicher Kleinbetriebe" das relativ größte Gewicht. D. h. konkret, daß der Anteil rechter Abgeordneter in Departements mit geringem Anteil landwirtschaftlicher Kleinbetriebe tendenziell groß war. Dieser Befund sollte jedoch angesichts des insgesamt schwachen Zusammenhangs nur mit Vorsicht inhaltlich interpretiert werden und vermag kaum zur Erklärung der Regionalisierung politischer Orientierungen von Abgeordneten beizutragen (R^2-change = 0,04). Angesichts dieses Ergebnises liegt der Einwand nahe, daß die geringe Erklärungskraft der ökologischen Daten ihrem Unvermögen zuzuschreiben ist, politikrelevante Aspekte regionaler Wirtschafts- und Sozialstrukturen zu erfassen. Dieser Vorbehalt hat auch den theoretischen Aspekt, daß wirtschafts- und sozialstrukturelle Disparitäten nicht eo ipso mit Interessenkonflikten gleichgesetzt werden dürfen, daß eine Interessendifferenzierung vielmehr die kulturelle Definition einer Situation voraussetzt[28]. Dieser Einwand trifft jedoch im gegebenen Fall nicht zu. Wenn wir die abhängige Variable „Prozentanteil rechter Abgeordneter" durch den von Louis-Napoléon in der Präsidentschaftswahl (Dezember 1848) erreichten Stimmenanteil ersetzen, steigt die Erklärungskraft der ökologischen Variablen auf beachtliche 57,1%. Dieses, trotz der zeitlichen Nähe überraschend deutlich von dem Befund für die Abgeordneten der Assemblée Nationale Constituante abweichende Ergebnis kann hier nicht weiter inhaltlich interpretiert werden. In unserem Zusammenhang muß es genügen, darauf hinzuweisen, daß die ökologischen Daten tatsächlich politikrelevante Aspekte regionaler Kontexte erfassen und daß ihr geringer Beitrag zur Erklärung der regionalen Differenzierung politischer Lager in der Assemblée Nationale Constituante keine Folge mangelnder Indikatorenqualität ist. Offenbar ist die Annahme, die mehr oder weniger amorphen politischen Orientierungen der Abgeordneten hätten direkt die regionalen Disparitäten der Sozial- und Wirtschaftsstruktur reflektiert, zu einfach, um die tatsächlich komplizierteren Vermittlungsprozesse zu erfassen. Andererseits sind, wie der hohe BETA-Wert in Tabelle 1 b ausweist, beide politischen Lager zu deutlich auf Hochburgen in bestimmten Departements konzentriert, als daß wir unterstellen könnten, die Abgeordneten hätten abgelöst von regionalen Bezügen gehandelt. Damit stellt sich erneut die Frage, auf welche Ursachen die deutliche Regionalisierung der politischen Strukturen zurückzuführen ist, die sich so markant von dem eher unklaren Bild unterscheidet, das die Analyse der Beziehungen zwischen der Soziallage und den politischen Orientierungen der Abgeordneten geliefert hat.

Einen ersten Hinweis gibt ein Blick auf die politische Topographie Frankreichs im Untersuchungszeitraum: Die Verteilung der Hochburgen beider politischen Lager folgt in groben Zügen den Grenzen der Landschaften des Ancien Régimes. Die Zentren der Linken lagen im Süden Frankreichs (Provence, Languedoc, Roussilion, Foix), in der Bourgone, im Bereich der Gironde-Mündung, in Flandern, im Elsaß und in Lothringen, die der Rechten in der Bretagne und in den angrenzenden Gebieten (Anjou, Maine, Vendée, Normandie) am südlichen Rand Zentralfrankreichs, im Pariser Becken, der Picardie, dem Artois und der Champagne. Das übrige Zentralfrankreich war tendenziell indifferent, entsandte also Delegationen, in denen weder Abgeordnete der Rechten noch solche der Linken eindeutig dominierten.

28. Pappi u. Laumann, S. 160.

≧ ⅔ der Mandate entfielen auf die Rechte

≧ ⅔ der Mandate entfielen auf die Linke

Linke Departements

03 Allier
08 Ariège
09 Aube
10 Aude
16 Charente-Inf.
20 Côte-d'Or
21 Côtes-du-Nord
25 Drôme
26 Eure
30 Garonne (Haute-)
33 Hérault
37 Isére
53 Meurthe
56 Moselle
58 Nord
64 Pyrénées (Hautes-)
65 Pyrénées (Orient.-)
66 Rhin (Bas-)
70 Saône-et-Loire
76 Sèvres (Deux-)
80 Var
81 Vaucluse
85 Vosges
86 Yonne
88 Überseeische Bes.

Rechte Departements

05 Alpes (Hautes-)
06 Ardèche
07 Ardennes
11 Aveyron
24 Doubs
28 Finistère
34 Ille-et-Vilaine
36 Indre-et-Loire
39 Landes
43 Loire-Inférieure
45 Lot
46 Lot-et-Garonne
47 Lozère
48 Maine-et-Loire
50 Marne
51 Marne (Haute-)
52 Mayenne
54 Meuse
55 Morbihan
59 Oise
60 Orne
69 Saône (Haute-)
71 Sarthe
73 Seine-Inférieure
75 Seine-et-Oise
77 Somme
78 Tarn
82 Vendée
87 Algérie

Indifferente Departements

01 Ain
02 Aisne
04 Alpes (Basses-)
12 Bouches-du-Rhône
13 Calvados
14 Cantal
15 Charente
17 Cher
18 Corrèze
19 Corse
22 Creuse
23 Dordogne
27 Eure-et-Loir
29 Gard
31 Gers
32 Gironde
35 Indre
38 Jura
40 Loir-et-Cher
41 Loire
42 Loire (Haute-)
44 Loiret
49 Manche
57 Niévre
61 Pas-de-Calais
62 Puy-de-Dôme
63 Pyrénées (Basses-)
67 Rhin (Haut-)
68 Rhône
S Seine (Paris)
74 Seine-et-Marne
79 Tarn-et-Garonne
83 Vienne
84 Vienne (Haute-)

Mit aller gebotenen Vorsicht schlagen wir vor, dieses Muster geographischer Verteilung der politischen Lager als Ausdruck eines Zentrum-Peripheriekonflikts zu deuten, dessen historische Wurzeln in die Formationsphase des französischen Staates während des Ancien Régimes zurückreichen. Folgt man dieser Interpretation, dann hätte die Herkunft aus jenen Peripherien, die relativ spät in den Staatsverband integriert wurden, über lange Zeit eine gewisse administrative Eigenständigkeit bewahrt hatten, vor und während der Revolution von 1789 vom Prozeß der „Entchristlichung" am stärksten ergriffen waren und/oder in den konfessionellen Konflikten des 17. Jahrhunderts Zentren des protestantischen Widerstandes waren (Deux Sèvres, Charente Inférieure) eine Affinität gegenüber der Linken begründet, während die Herkunft aus den Kerngebieten der alten Monarchie und der christlichen Tradition die Übernahme rechter Positionen begünstigte. Als Träger der Vermittlung politi-

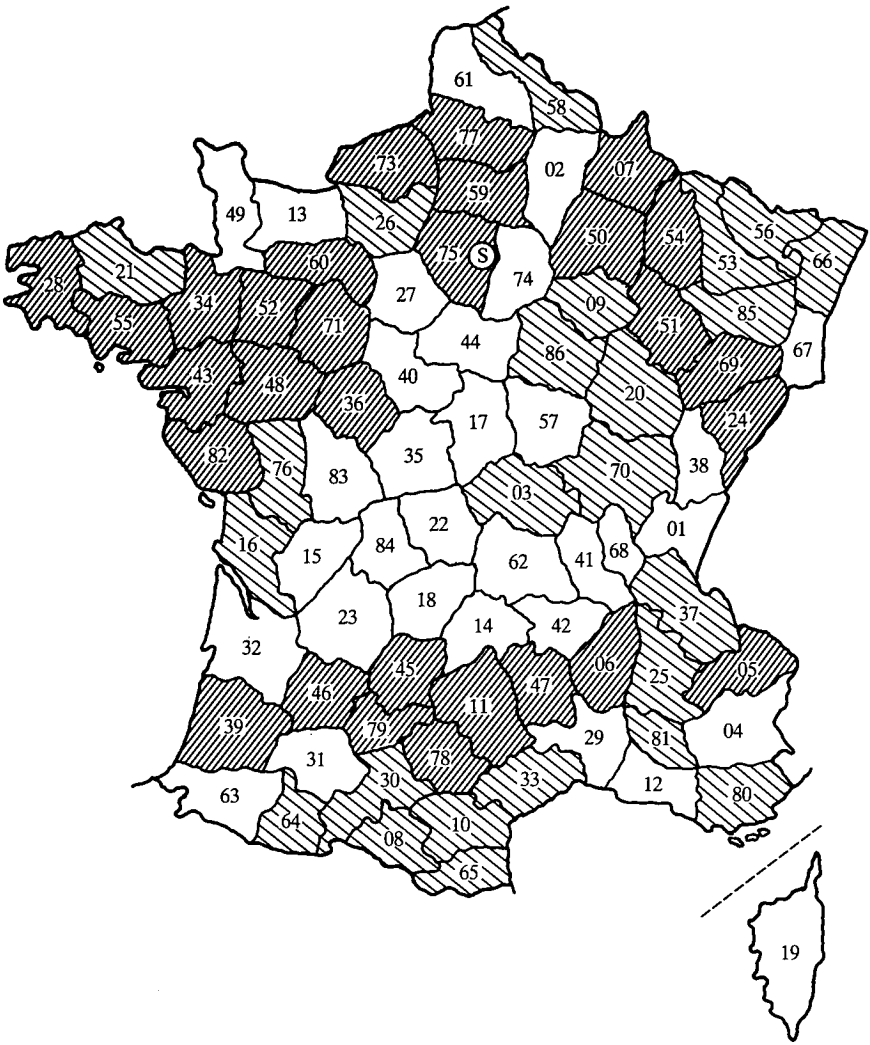

Abbildung 4: Die regionale Verteilung der Rechten und der Linken in der Assemblée Nationale Constituante

scher Traditionen lassen sich die regionalen Führungsgruppen denken, die, wie man weiß, bei der Aufstellung der Kandidatenliste eine entscheidende Rolle spielten und auch auf das Verhalten der Abgeordneten in Paris auf vielfältige Weise einwirkten[29].

Da wir weder für Deutschland noch für England über ähnlich umfassende Regionaldaten wie in Frankreich verfügen, können wir nicht entscheiden, inwieweit diese Befunde und Interpretationen zu verallgemeinern sind. Ein Blick auf die politische Topographie Englands und Deutschlands spricht allerdings eher für eine Generalisierbarkeit des französischen Musters, d.h. für eine überwiegende Bedeutung von Regionalfaktoren, die auf kulturelle und politisch-administrative Traditionen zurückzuführen sind, gegenüber solchen, die in sozioökonomischen Strukturunterschieden begründet sind. So rekrutierte sich in Deutschland die Linke überwiegend aus den territorialen Trümmergebieten des alten Reiches in Süd-, West- und Mitteldeutschland, d.h. aus solchen Regionen, die erst im „Reichsdeputationshauptschluß" oder nach den napoleonischen Kriegen den neu organisierten Einzelstaaten zugeschlagen wurden und die deshalb keine ausgeprägten Loyalitäten gegenüber den herrschenden Dynastien entwickelt hatten, die neue staatliche Ordnung vielmehr häufig als eine Fremdherrschaft empfanden. In Großbritannien waren Schottland und Südirland Zentren der parlamentarischen Linken; eine territoriale Verteilung politischer Lager, in der nach unseren Einschätzungen die Opposition der jungen Peripherien gegenüber dem integrierenden Zentrum zum Ausdruck kommt[30]. Auch in Deutschland und Großbritannien spricht also die topographische Evidenz dafür, daß sich die Linke und die Rechte auf geographische Schwerpunkte konzentrierten, deren Verteilung sich nicht durch regionale Disparitäten der Sozial- und Wirtschaftsstruktur, sondern am ehesten durch die fortdauernde politische Bedeutung der administrativen und kulturellen Territorialstruktur des Ancien Régimes erklären läßt. Eine Erklärung für das Überdauern dieser Muster politischer Topographie vermuten wir in der Persistenz regionaler und lokaler Machtstrukturen: Sie bildeten eine „Ressource" für etablierte Führungsgruppen, die ihnen in Auseinandersetzungen mit konkurrierenden Gegeneliten einen erheblichen Vorsprung verschafften. So konnten wir in einer Untersuchung über die Zirkulation parlamentarischer Führungsgruppen in Frankreich 1846 - 1849 feststellen, daß sich nach der markanten Zäsur der Februarrevolution das Sozialprofil der Abgeordneten der Assemblée Nationale Constituante kaum von dem der letzten Kammer der Julimonarchie unterschied. Tiefgreifende Veränderungen vollzogen sich erst, als sich die regionalen Machtstrukturen unter einem äußeren Veränderungsdruck auflösten und die durch sie koordinierten Abhängigkeiten und Loyalitäten erodierten: Vor allem die Expansion und organisatorische Verfestigung von Arbeiterparteien wurde zum Anstoß für die Etablierung einer „Gegenmacht", die der politischen Topographie ein neues Gesicht gab.

29. Tudesq, André Jean, Les grands notables en France (1840-1849). Etude historique d'une psychologie sociale, t. 2, Bordeaux (1963), S. 1054ff.; Agulhon, Maurice, La République au village, Paris (1970), S. 362-368; Le Bras, Hervé, u. Todd, Emmanuel, L'invention de la France, Paris (1981), S. 333-350; Best, Heinrich, „Kontinuität und Wandel parlamentarischer Repräsentation im revolutionären Frankreich 1848/49", in: Francia, 11 (1984), S. 642-654; Vovelle, Michel, Die Französische Revolution — Soziale Bewegung und Umbruch der Mentalitäten, München u. Wien (1982), S. 51ff. (vgl. insbesondere die Karte auf S. 56).
30. Vgl. auch Urwin, Derek W., „Territorial Structures and Political Developments in the United Kingdom" und „Germany: From Geographical Expression to Regional Accomodation", in: Rokkan, Stein, u. Urwin, Derek W., (eds.), The Politics of Territorial Identity. Studies in European Regionalism, London u.a. (1982), S. 19-74 u. 165-250.

3.2.5. Die Erklärungskraft des Grundmodells

Wenn wir den Gesamteffekt der im Grundmodell verknüpften Variablen betrachten, wird deutlich, daß selbst bei Einschluß regionaler Bezüge die Bedeutung sozialdemographischer Merkmale als Determinanten politischen Verhaltens nicht überschätzt werden sollte. Im Fall der Frankfurter Nationalversammlung erklären Alter, Zugehörigkeit zum Adel, Wahlregion und Beruf zusammengenommen Abweichungen politischer Positionen zwischen den Abgeordneten nur zu 29%. Ein Vergleich mit den anderen Parlamenten zeigt, daß dieses Ergebnis sogar eine Obergrenze markiert: In der Pariser Nationalversammlung lag die erklärte Varianz bei 22%, im britischen Unterhaus während der Jahre 1841 bis 1847 nur bei 16%. Für die mexikanische Konstituante von 1917 hat Peter Smith bei einer vergleichbaren Variablenkonstellation und mit einer ähnlichen Untersuchungsmethode einen Wert von 27% ermittelt. Die häufige Unterstellung, daß der soziale Hintergrund politische Orientierungen determiniere, wird also durch die Befunde nicht gestützt. Das Sozialprofil rechter und linker Abgeordneter unterscheidet sich in den untersuchten Parlamenten nicht so erheblich voneinander, daß Auseinandersetzungen um solche politischen Positionen als Konflikte zwischen sozialdemographisch klar voneinander abgrenzbaren Lagern gedeutet werden könnten. Dieser schwache Zusammenhang besteht offenbar unabhängig von den kulturell, wirtschaftlich, sozial und politisch deutlich unterschiedenen Kontexten.

Nachzutragen bleibt, daß wir in dieser Untersuchung den Einfluß konfessioneller Konflikte auf die Formierung politischer Lager ausgeblendet haben. Der Grund hierfür liegt in der einfachen Tatsache, daß eine solche Ausweitung die Systematik des Vergleichs sprengen würde. Konfessionelle Konflikte waren im 19. Jahrhundert eine deutsche Spezialität, für die es im übrigen Europa kaum Entsprechungen gab. So verliefen in Frankreich die Auseinandersetzungen um religiöse Positionen nicht entlang der Konfessionslinie sondern zwischen Laizismus und Klerikalismus. Dies war aber ein Konflikt, der a priori politische Prämissen und Implikationen hatte. Er war eine zentrale Komponente des ideologischen Repertoires der Linken und der Rechten. Die Andersartigkeit religiös bestimmter Konfliktlagen hat uns veranlaßt, hier auf den interkulturellen Vergleich zu verzichten. Im Fall der Frankfurter Nationalversammlung konnten wir im übrigen feststellen, daß die Konfessionszugehörigkeit 1848/49 (noch) keinen markanten Einfluß auf die Formierung politischer Orientierungen hatte. Der Variablen „Konfession" wird, wenn man sie an Stelle von „Adelstitel" in das Grundmodell einführt, lediglich ein ETA-Wert von .03 und ein BETA-Wert von .04 zugeordnet.

3.3. Der Test der Modellvarianten

3.3.1. Das interessentheoretische Modell

Nach der ausführlichen Diskussion des Grundmodells werden wir die Modellvarianten nur kurz diskutieren und uns weitgehend darauf beschränken, die Erklärungskraft der ausgewählten Variablenkonstellationen insgesamt zu vergleichen. Für den Test des interessentheoretischen Modells haben wir zwei Dimensionen der Soziallage von Abgeordneten unterschieden: zum einen ihren Situs, d.h. ihre Stellung im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung unter funktionaler Perspektive — hier er-

faßt durch die Berufsvariable —, zum anderen ihren Status, d. h. ihre Position in einem System gesellschaftlicher Über- und Unterordnungen — hier erfaßt durch die Variablen „social class" (Großbritannien) und „Schicht". Im Fall Großbritanniens haben wir weitere Angaben über die Qualität der Ausbildung der Abgeordneten und — als Kovariate — über ihr Vermögen eingeführt, im Fall Frankreichs und Deutschlands Daten über intergenerationale Mobilität.

Tabellen 2a–2c: Das interessentheoretische Modell

Tabelle 2a: Die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung

	ETA	BETA
Beruf	.30	.25
Schichtzugehörigkeit	.27	.26
Soziale Mobilität	.10	.10

$R^2 = .14$

Tabelle 2b: Die Abgeordneten der Assemblée Nationale Constituante

	ETA	BETA
Beruf	.20	.16
Schichtzugehörigkeit	.28	.30
Soziale Mobilität	.06	.03

$R^2 = .10$

Tabelle 2c: Die Abgeordneten des British House of Commons (Kovariate: Vermögen)

	ETA	BETA
Ausbildung	.19	.12
„Social Class"	.22	.15
Beruf	.23	.17

$R^2 = .09$

Trotz des recht differenzierten Untersuchungsansatzes bleibt die Erklärungskraft des interessentheoretischen Modells gering. In Deutschland liegt die erklärte Varianz bei 14%, in Frankreich und Großbritannien bei 9% und 10% der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen. Das Vermögen der Abgeordneten und ihre soziale Mobilität hatten keinen spezifischen Einfluß auf politische Orientierungen. Das relative Ge-

wicht der übrigen Merkmale variiert deutlich in Abhängigkeit vom nationalen und historischen Kontext: Während in der Pariser Nationalversammlung der Effekt des Status dominiert, tritt in Deutschland neben dieses Merkmal gleichwichtig der Situs und in England zusätzlich die Art der Ausbildung. Wir vermuten, daß diese Unterschiede auf den je spezifischen Verlauf sozio-ökonomischer Cleavages zurückzuführen sind. In Frankreich ging es 1848/49 überwiegend um Fragen des Machtzugangs und der Partizipationsrechte bislang benachteiligter Schichten, d.h. um den Umbau des Statussystems[31]. In Großbritannien waren die Kornzölle, das Wahlrecht und die Fabrikgesetze die dominierenden Topoi parlamentarischer Auseinandersetzungen, d.h. es kreuzten sich verteilungspolitische Konflikte um eine Neuformierung des Systems gesellschaftlicher Arbeitsteilung zwischen Wirtschaftssektoren mit solchen um die soziale Sicherung und die Partizipationsrechte unterer Statusgruppen[32]. Auch in Deutschland waren beide Konfliktdimensionen bedeutsam: Die Bestrebungen um die Herstellung eines einheitlichen Binnenmarktes verschärften hier die Interessengegensätze zwischen Wirtschaftssektoren, während issues wie die Abschaffung der Adelstitel oder der Feudallasten eher das Statussystem der Gesellschaft betrafen[33]. Festzuhalten bleibt jedoch, daß bei allen Abweichungen der Ergebnisse im einzelnen der Gesamteffekt sozio-ökonomischer Variablen auf die politischen Orientierungen der Abgeordneten in allen untersuchten Parlamenten gering war.

3.3.2. Das sozialisationstheoretische Modell

Das sozialisationstheoretische Modell haben wir in zwei Varianten getestet, die zum einen Einflüsse des Elternhauses und des Ausbildungssystems, zum anderen Erfahrungen im Prozeß politischer Sozialisation erfassen. Wegen Problemen der Datenlage konnten wir bei diesen Modellspezifikationen nicht jeweils alle drei Parlamente einbeziehen. Für Großbritannien und Deutschland haben wir den Einfluß wertevermittelnder Instanzen, wie Elternhaus, Schule und Universität, für Frankreich und Deutschland die Wirkung von Erfahrungen im Prozeß der politischen Sozialisationen vor der Übernahme des Mandats untersucht. Hier wurde die Merkmalskonstellation „Verfolgung aus politischen Gründen", „Übernahme und Niederlegung politischer Funktionen im Staatsdienst" und „Übernahme politischer Ämter" erfaßt, für Frankreich haben wir zusätzlich die Variablen „politische Funktion des Vaters" und „Dauer der Parlamentszugehörigkeit vor 1848" aufgenommen.

Die Varianzreduktion dieser Modellvariante liegt in Frankreich bei 13%, in Deutschland nur bei 3%. Dies ist eine frappante Abweichung, für die wir bislang noch keine zureichende Begründung gefunden haben. Besonders irritierend ist das in Deutschland sehr geringe Gewicht der Variablen „politische Verfolgung". Wir hätten einen stärkeren Zusammenhang mit politischen Orientierungen erwartet, etwa in der Weise, daß die Erfahrung politischer Verfolgung die Neigung zu einer fundamental-

31. Agulhon, Maurice, 1848 ou l'apprentissage de la République 1848-1852, Paris (1973).
32. Aydelotte, William O., „The House of Commons in the 1840s", in: History, 39 (1954), S. 249ff.
33. Best, Heinrich, Interessenpolitik und nationale Integration. Handelspolitische Konflikte 1848/49, Göttingen (1980); Stadelmann, Rudolf, Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848, Darmstadt (2. Aufl. 1962).

Tabellen 3a–3b: Das sozialisationstheoretische Modell (Politische Sozialisation)

Tabelle 3a: Die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung

	ETA	BETA
Politische Verfolgung	.09	.07
Zugehörigkeit zum Staatsdienst	.11	.11
Politisches Amt	.10	.08

$R^2 = .03$

Tabelle 3b: Die Abgeordneten der Assemblée Nationale Constituante (Kovariate: Dauer der Parlamentszugehörigkeit vor 1848)

	ETA	BETA
Politische Verfolgung	.21	.21
Politisches Amt	.27	.26
Zugehörigkeit zum Staatsdienst	.12	.10
Politische Funktion des Vaters	.13	.08

$R^2 = .13$

Tabellen 4a–4b: Das sozialisationstheoretische Modell (Sozialisation in der Familie und im Ausbildungssystem)

Tabelle 4a: Die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung

	ETA	BETA
Beruf des Vaters	.17	.15
Studienfach	.05	.06
Studienort	.15	.14

$R^2 = .05$

Tabelle 4b: Die Abgeordneten des British House of Commons

	ETA	BETA
Beruf des Vaters	.20	.16
Besuchte Universität	.32	.28
Besuchte Public School	.17	.05

$R^2 = .13$

oppositionellen Haltung mit systemverändernder Perspektive begünstigte. Dies war in Deutschland offenbar nicht der Fall. Als eine mögliche Erklärung für den im Vergleich zu Frankreich schwachen Zusammenhang zwischen politischer Sozialisation und politischen Orientierungen schlagen wir die in Deutschland vor 1848 nur unvollständig vollzogene Ausdifferenzierung des politischen Systems vor[34]. Während in Frankreich politische Restriktionen und Begünstigungen diskriminierenden Charakter hatten, von denen verschiedene Statusgruppen und Gesinnungsgemeinschaften sehr unterschiedlich betroffen waren, waren in den vorkonstitutionellen Staaten Deutschlands alle nicht unmittelbar im Rahmen der Institutionen des bürokratischen Staates Beteiligten vom Entscheidungsprozeß ausgeschlossen. Vehemente Bürokratiekritik war deshalb keineswegs nur eine Angelegenheit der bürgerlichen Linken sondern wurde z. B. auch von Angehörigen der Grundaristokratie vorgetragen, die ihre traditionellen Prärogativen gefährdet sah[35]. Die vormärzliche Oppositionsbewegung war insofern in Deutschland eine heterogene Sammelbewegung, die sich erst im Vorfeld der Märzrevolution in zwei rivalisierende politische Lager schied[36].

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist allerdings Vorsicht geboten, denn im Fall politischer Sozialisation läßt sich nicht immer klar entscheiden, was die abhängige und was die unabhängige Variable ist. So können wir etwa davon ausgehen, daß unter der Julimonarchie Politiker, die der Linken zuzurechnen waren, eher politisch verfolgt wurden als Anhänger der Rechten, während es andererseits auch plausibel ist, daß die Erfahrung politischer Verfolgung oppositionelle Haltungen verstärkte. Um so bemerkenswerter ist es, daß trotz solcher zu vermutender Interdependenzen der Gesamteffekt der politischen Sozialisationserfahrungen eher gering bleibt.

Weniger problematisch ist die Erklärung der Abweichung zwischen Großbritannien und Deutschland im Hinblick auf die Bedeutung von Sozialisationserfahrungen im Ausbildungssystem und im Elternhaus. In Deutschland erklärt das sozialisationstheoretische Modell 5%, in Großbritannien 13% der Varianz der Variablen „politische Orientierungen". Diese Abweichung ist nach unserer Einschätzung auf die in beiden Ländern unterschiedlichen Systeme der Elitensozialisation zurückzuführen. Die Daten zeigen, daß in Großbritannien die Universität vor dem Elternhaus und vor der Schule die wertevermittelnde Instanz mit der größten politischen Bedeutung war. Dies ist ein Ergebnis, das Hypothesen unterstützt, die einen im Verlauf politischer Sozialisation zunehmenden Einfluß zeitlich nachgeordneter Sozialisationserfahrungen annehmen[37]. In Deutschland tritt dagegen die Bedeutung der besuchten Universität und des Studienfachs deutlich zurück. Wir führen dies auf ein im Vergleich zu Großbritannien regional parzelliertes und offeneres Universitätssystem zurück, das eher auf die Vermittlung von Wissen denn auf die Reproduktion eines bestimmten Sozialtyps zielte[38].

Die Erklärungskraft des sozialisationstheoretischen Modells weist die größten Abweichungen zwischen den untersuchten Parlamenten auf. Wir schlagen vor, diesen

34. Koselleck, Preußen, S. 52ff.
35. Sheehan, James J., German Liberalism in the Nineteenth Century, Chicago (1978), S. 34ff.
36. Faber, Karl-Georg, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Wiesbaden (1979), S. 174ff.
37. Putnam, Study, S. 92ff.
38. McClelland, C. E., State, Society and University in Germany 1700–1914, Cambridge (1980).

Befund unter dem Aspekt zu interpretieren, daß die Praktiken der Elitensozialisation zum einen Gegenstand bewußter und planender Eingriffe zentraler Instanzen, zum anderen Ausdruck spezifischer kultureller Traditionen waren. Dagegen wurden generelle Struktureigenschaften der umgebenden Gesellschaften hier nur indirekt und abgeschwächt wirksam. Dies galt für die unterschiedliche Gestaltung der Schul- und Universitätssysteme, dies galt auch für abweichende Zulassungs- und Verfolgungspraktiken gegenüber politisch Ambitionierten. England kann danach als ein Beispiel für die politische Formung der Elite in einem rigiden Ausbildungssystem, Frankreich als ein Beispiel für die Effekte von Diskriminierungen und Privilegierungen im Prozeß politischer Sozialisation und Selektion gelten. In Deutschland hinterließen dagegen weder das Ausbildungssystem noch die politische Erfahrungen vor 1848 markante Spuren in den politischen Orientierungen.

3.3.3. Das repräsentationstheoretische Modell

Die größte Erklärungskraft hatte in allen drei von uns untersuchten Parlamenten, wie auch in der mexikanische Nationalversammlung, das repräsentationstheoretische Modell. Für Großbritannien haben wir dieses Modell mit einem Untersuchungsansatz überprüft, der Informationen über die geographische Lage der Wahlkreise, deren Größe (gemessen an der Zahl der Wähler) und ihren Status (differenziert nach County und Borough) erfaßt. Zusätzlich wurden Daten einbezogen, die Auskunft darüber geben, ob der Abgeordnete im Wahlkreis ansässig war oder nicht. In Deutschland haben wir neben den Variablen „Lage des Wahlkreises" und „Bezie-

Tabellen 5a–5b: Das repräsentationstheoretische Modell

Tabelle 5a: Die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung (Kovariate: Zahl der Ortswechsel)

	ETA	BETA
Wahlregion	.46	.48
Beziehung zum Wahlkreis	.05	.10
Dauer der Ansässigkeit	.05	.12

$R^2 = .24$

Tabelle 5b: Die Abgeordneten des British House of Commons (Kovariate: Zahl der Wähler)

	ETA	BETA
Wahlregion	.32	.39
Typ des Wahlkreises (County/Borough)	.30	.43
Beziehung zum Wahlkreis	.13	.01

$R^2 = .23$

hung zum Wahlkreis" die Dauer der Ansässigkeit des Abgeordneten und — als Kovariate — die Zahl seiner Ortswechsel vor der Mandatsübernahme einbezogen.

Die Erklärungskraft des repräsentationstheoretischen Modells liegt in England bei 23%, in Deutschland bei 24% der erklärten Varianz und damit nahe bei bzw. über dem für das Grundmodell ermittelten Wert; ein Ergebnis, das erneut die zentrale Bedeutung des Faktors „Region" bestätigt. Einen markanten Einfluß auf das Abstimmungsverhalten hatten im Rahmen des repräsentationstheoretischen Modells alle diejenigen Variablen, die Eigenschaften der Wahlkreise selbst erfassen, während die Art und die Dauer der Beziehung zum Wahlkreis wenig bedeutsam sind. Dieser Befund deutet darauf hin, daß die Rückbindung an die Wahlregion auch bei räumlicher Distanz oder bei nur kurzer Ansässigkeit des Abgeordneten wirksam war. Dies gilt auch für Frankreich, wo bei einem großen Gewicht des Faktors „Region" die Art der Beziehung zum Wahldepartement ebenfalls nur eine schwache Wirkung auf politische Orientierungen hatte[39]. Über die Bedeutung des regionalen Kontextes und die Wege seiner Vermittlung auf die Ebene parlamentarischen Entscheidungshandelns haben wir an anderer Stelle des Beitrages ausführlicher berichtet. Trotz der Einschränkung, daß unsere Überlegungen in dieser Hinsicht beim jetzigen Stand der Forschung noch vorläufigen Charakter haben, steht fest, daß der Einfluß des Faktors „Region" über die Zeit und verschiedene politische Systeme hinweg überraschend groß ist, größer jedenfalls, als daß die bisher von der Forschung geübte Bevorzugung des interessentheoretischen Modells gerechtfertigt wäre. Dies ist auch insofern ein überraschendes Ergebnis, als Modernisierungstheorien behaupten, daß im Verlauf nationaler Integration territoriale Konflikte zwischen Regionen von funktionalen Konflikten zwischen Klassen und Wirtschaftssektoren abgelöst werden[40]. Unsere Daten zeigen demgegenüber, daß die territoriale Komponente ihre zentrale Bedeutung behielt, gleichgültig, ob wir saturierte Nationalstaaten wie England und Frankreich oder einen „unfertigen" Nationalstaat wie Deutschland betrachten.

4. Schlußbemerkung

Ungeachtet der gleichbleibenden Bedeutung regionaler Bindungen variiert das Gewicht anderer biographischer Merkmale erheblich in unterschiedlichen nationalen Kontexten. Dieser Befund bekräftigt die Kritik an einer Betrachtungsweise, die Zusammenhänge zwischen sozialdemographischen Variablen und politischem Verhalten gewissermaßen als anthropologische Konstanten behandelt[41]. Insgesamt lag der Einfluß, den sozialdemographische Merkmale auf politisches Verhalten hatten, in unserer Untersuchung deutlich über der Grenze der Irrelevanz, war aber weit davon entfernt, politische Positionen der Abgeordneten eindeutig festzulegen. Offenbar waren die Einflüsse des engeren parlamentarischen Kräftefeldes und die individuellen

39. Best, Elitentransformation, S. 66f.
40. Vgl. u.a. Rokkan, Stein, Citizens, Elections, Parties, Oslo (1970), S. 101ff.
41. Vgl. z.B. Czudnowski, M., Recruitment, S. 185f. Vgl. auch Lepsius, M. Rainer, „Die Bundesrepublik Deutschland in der Kontinuität und Diskontinuität historischer Entwicklungen. Einige methodische Überlegungen", in: ders. (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart (1983), S. 17f.

Handlungsspielräume größer, als dies Modelle einer externen sozialen Steuerung parlamentarischen Entscheidungshandelns erfassen können. Erste Befunde deuten allerdings darauf hin, daß sich im deutschen Parlamentarismus der Kaiserzeit der Zusammenhang zwischen sozialdemographischen Merkmalen und den politischen Orientierungen von Abgeordneten verstärkte[42]. Vor allem seit Ende der 1880er Jahre läßt sich ein Übergang von einem amorphen Parlamentarismus mit sozial heterogenen politischen Gruppierungen zu einem segregierten Parlamentarismus mit sozialdemographisch deutlich voneinander unterschiedenen politischen Lagern betrachten. Dies war eine Periode, in der Merkmale wie der Beruf, ethnische Zugehörigkeit und die Konfession eine neue politische Deutung und symbolische Bedeutung erhielten. Wir sehen in dieser Entwicklung den Ausdruck einer zunehmenden Prägnanz sozialkultureller Spannungslinien und ihrer wachsenden Wirkung auf die Formierung der politischen Landschaft.

Dies gilt in je spezifischer Weise auch für Großbritannien und Frankreich. In allen drei von uns untersuchten politischen Systemen begann in den Jahrzehnten nach 1849 die Ära der Klassenpolitik und der Aufstieg von Arbeiterparteien. Es setzte damit ein Umbau gesellschaftlicher Machtstrukturen ein, in dem Interessenbindungen anstelle von traditionellen Loyalitäten und paternalistischen Abhängigkeiten zur dominierenden Kraft wurden. Wenn es zutrifft, daß wir heute in den Demokratien Westeuropas das Ende der Klassenpolitik erleben — ein Sachverhalt der zumeist unter dem Stichwort des „Postmaterialismus" diskutiert wird —, dann hat unsere Untersuchung angedeutet, daß dies die Vollendung eines säkularen Zyklus sein könnte, der von einer „prämaterialistischen" Konstellation um die Mitte des 19. Jahrhunderts seinen Ausgang genommen hat[43].

Summary

The purpose of this study is to investigate how significant social-demographic characteristics are, if we want to explain the political behavior and orientations of actors in past societies. We approached this problem on the basis of roll-call data and biographic data of the representatives of the Frankfurt National Assembly, the Paris Assemblée Nationale Constituante 1848/49 and the British House of Commons 1841–1847. For comparative purposes results of related studies in the Mexican National Assembly of 1916–1917 and the German „Reichstag" of 1898 and 1903 have been used.

In the first step of the analysis we condensed roll-call data into summarized measures of political positions using factor analysis. In all three parliaments the right-left dimension formed the dominant cleavage which structured the voting behavior. The position of representatives in this policy dimension was introduced as the dependent variable. The biographic attributes of the representatives were treated as independent variables.

42. Best, Recruitment, S. 24.
43. Zuckerman, Alan S., „New Approaches to Political Cleavage. A Theoretical Introduction", in: Comparative Political Studies, Vol. 12, No. 2 (1982), S. 131–144; Rogowski, R., „Social Class and Partisanship in European Electorates: A Reassessment", in: World Politics (1981), S. 639–649.

Our central hypothesis was that the social background and the social affiliations of the representatives determined their parliamentary decision making. This assumption has been tested first by a heterogeneous model („basic model") which combines „standard" attributes of collective-biographical research: age, profession, membership in the nobility and regional origin. In a second step we split up the basic model in partial hypotheses, which have been derived from general assumptions concerning the genesis and transmission of political orientations:

1. an interest-oriented approach which interprets political behaviour according to the wish to get actual advantages in the allotment struggle for power, wealth and prestige;
2. an approach which emphasizes the effects of socialization and which assumes that political orientations have been acquired during political socialization and selection by institutions which transmit values and by experiences in the political career;
3. a theoretical approach which is focused on geographic representation and which assumes a close connection between parliamentary decision making and the orientations of the electors.

MultipleClassification Analysis was used to test the different models.

Our strongest finding for all three parliaments has been a dominant influence of the regional origin on the political orientations of representatives. The impact of the variable „profession" was permanently lower than this could be expected according to theories which suggest that political orientations are determined by class interests. The importance of the variable „membership in the nobility" varied most significantly: it was high in the Paris National Assembly, lower in the Frankfurt National Assembly and close to zero in the British House of Commons. The influence of the variable „age" was spurious in all three parliaments. Generally the „basic model" can not explain too much of the variance of the dependent variable: For the Frankfurt National Assembly R^2 is.29, for the Assemblée Nationale Constituante .22, for the British House of Commons only .16. The widely shared assumption, that the social background determines political orientations is not supported by these results. The social profile of right and left representatives does not differ so significantly, that the contrasts between political positions could be interpreted as a conflict between socially definable groups. This weak connection exists obviously independent of economically, socially and politically contrasting contexts.

The test of the partial models verifies in the main points the results for the basic model. The interest-oriented-model and the socialization-model explain between 9% and 13% of the variance of the dependent variable „political orientation". Only the representational-model was with an R^2 of .20 to .23 clearly above these values. This gives a hint that preference given by many researchers to the interest-oriented-model is not always justified while the genesis and the structure of political topography turnes out to be a central aspect of research, at least for early parliamentary systems.

The influence of biographical attributes on political behaviour is significantly beyond the limits of irrelevance, but does not determine political positions of representatives unequivocally. Obvioulsy influences of the immediate parliamentary context and the individual margins of action were larger than theories of an external social determination of parliamentary decision-making suggest.